

Positionierung der SPD Freiburg zur geplanten Landeserstaufnahmestelle (LEA)

Antragsteller: Juso KV Freiburg

Empfänger: SPD Kreisverband Freiburg

Die Mitgliederversammlung der SPD Freiburg möge beschließen:

Mit der Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle in Freiburg haben wir die Möglichkeit, die Fehlentwicklungen der Vergangenheit unter der schwarz-gelben Landesregierung teilweise zu beheben: Das Konzept der LEA wurde ursprünglich zur „Abschreckung“ konzipiert. Ziel war, zu verhindern, dass Menschen in Not nach Deutschland und insbesondere nach Baden-Württemberg fliehen. Die katastrophalen Zustände in Karlsruhe sind weder überraschend noch unbeabsichtigt, sie folgen aus dem unmenschlichen Kalkül der damaligen CDU-Landesregierung.

Das damals erklärte Ziel, Asylsuchenden das Leben in Baden-Württemberg unerträglich zu machen, widerspricht unserem Verständnis von Solidarität mit Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen. Deshalb wollen wir alles tun, um die geplante Landeserstaufnahmestelle in Freiburg sowie die Lebensbedingungen für die hier lebenden Asylsuchenden so sozial und erträglich wie möglich und vor allem menschenwürdig zu gestalten.

Mit Blick auf Karlsruhe sehen wir, dass die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle in Freiburg für die unannehmbaren Zustände in Karlsruhe eine Entlastungen bieten würde. Damit eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Freiburg menschenwürdige und diskriminierungsfreie Lebensumstände bieten kann, stellen wir als SPD Freiburg folgende Bedingungen für die Ausgestaltung:

1. Die Einrichtung einer LEA in Freiburg hätte zur Folge, dass die Stadt – abgesehen von “Kontingent-Flüchtlingen” und “unbegleiteten Minderjährigen” – zu keiner weiteren dauerhaften Aufnahme von Asylsuchenden verpflichtet wäre. Dies ist für uns inakzeptabel. Wir als SPD fordern eine Politik, die von den Prinzipien einer offenen und toleranten Stadt geleitet wird, wie das Freiburger Konzept “Toleranz fördern, Kompetenz stärken - für eine

offene Stadt“ es vorsieht. Daher fordern wir, dass **die Stadt Freiburg auf die Regelung, von der dauerhaften Aufnahme von Asylsuchenden befreit zu sein, verzichtet.**

2. **Aus der LEA selbst darf niemand abgeschoben werden.** Die dort lebenden, zum größten Teil stark traumatisierten, Menschen würden damit noch weiterem psychologischen Belastungen ausgesetzt werden. Zudem bedarf es für Einzelfallprüfungen über Asylanträge genügend Zeit, die während der kurzen Aufenthalte der Asylsuchenden in der LEA nicht gegeben ist.
3. Wir fordern eine **unabhängige Asylverfahrens-Beratungsstelle**, die einem karitativen Träger und nicht, wie bisher, dem Bundesamt für Migration unterstellt ist.
4. **Die LEA muss für Neuankömmlinge immer offen sein.** Deshalb ist eine 24/7-Besetzung durch Personal, um auch Aufnahmen in der Nacht und am Wochenende zu ermöglichen, erforderlich.
5. Darüber hinaus bedarf es eines **Sicherheitskonzeptes** für die LEA, eine **private Sicherheitsfirma ist keine Option.**
6. **Der Zugang zur LEA muss allen offenstehen**, um dies zu gewährleisten fordern wir eine Koordinierungsstelle für die ehrenamtliche Initiativen und Helfer*innen.
7. **Die Bewohner*innen müssen in das städtische Leben integriert werden.** Sie müssen sich inner- und außerhalb der LEA frei bewegen können. Deshalb fordern wir die Einführungen eines Sozialtickets der VAG Freiburg, welches auch den Bewohner*innen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll.
8. Wir fordern die **Einrichtung von Begegnungsstätten** rund um die LEA. Hierdurch wird ein Dialog zwischen den Anwohner*innen und den Bewohner*innen der LEA ermöglicht.
9. **Eine offene LEA darf von keinem mit Stacheldraht besetzten Zaun oder eine Mauer begrenzt sein**, eine solche Baumaßnahme würde zur Stigmatisierung der Bewohner*innen führen. Allerdings kann das Grundstück zum Straßenverkehr hin zum Schutz der jüngeren Kinder mit einem handelsüblichen Gartenzaun gesichert werden.
10. Den Bewohner*innen der LEA muss **vom ersten Tag an Sprachunterricht** ermöglicht werden.
11. Die Bewohner*innen im Schulalter müssen **vom ersten Tag an Schulunterricht in der LEA** besuchen können. Dieser Unterricht soll auch während der Schulferien angeboten werden.
12. Für alle Bewohner*innen im entsprechenden Alter muss **KiGa- und KiTa-Betreuung gewährleistet** werden. Für alle jungen Menschen in der LEA muss eine offene Kinder- und Jugendarbeit angeboten werden.
13. Den Bewohner*innen der LEA muss eine **adäquate psychologische und medizinische Betreuung** zur Verfügung gestellt werden. Dies ist nur durch geschultes und kompetentes Personal zu gewährleisten, welches auch 24/7 vor Ort sein muss. Darüber hinaus muss es

eine **Clearingstelle** geben und die LEA muss auch die **Aufnahme von Menschen mit Behinderung** gewährleisten.

14. Jegliches Personal muss über interkulturelle und Konfliktlösungs-Kompetenz verfügen.

Mehrsprachigkeit sehen wir ebenfalls als zwingende Voraussetzung an. Für diese Punkte sollen Fortbildungskonzepte für das Personal angeboten werden. Wir fordern des Weiteren eine Geschlechterquote für das Personal. Darüber hinaus bedarf es eines **angemessenen Schlüssels von Sozialarbeiter*innen gegenüber Asylsuchenden** von maximal 1 zu 20.

15. Sieben Quadratmeter Wohnraum pro Person dürfen nicht unterschritten werden.

16. Für alle Bewohner*innen muss es **Rückzugsmöglichkeiten** geben, hierzu fordern wir insbesondere einen eigenen Frauen-Flügel.

17. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von **Sozialräumen**, sowohl getrennt- als auch gemischtgeschlechtliche. Außerdem gehören für uns zu einer akzeptablen räumlichen Gestaltung auch „**Räume der Stille**“, sowie Räume zum Spielen für Kinder.

18. Die Turnhallen und Fußballfelder müssen erhalten bleiben.

19. Wir fordern eine **Dezentralisierung der sanitären Anlagen und Küchen**, um mehr Privatsphäre für die Bewohner*innen zu gewährleisten.

20. Für die Bewohner*innen muss eine **Ombudsstelle** in der LEA verfügbar sein und die menschenwürdige und soziale Gestaltung der LEA muss durch **jährliches Monitoring** gewährleistet werden.